

LANDESHAUSHALTSPLAN
für die Haushaltsjahre 1998 und 1999

Einzelplan 14

Versorgung

INHALT

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
14 03	Zivilversorgung	6
14 04	Andere Versorgungsbezüge	13
14 07	Betriebskrankenkassedes Landes Hessen (kw)	19
14 08	Hessische Beamtenkrankenkassein Darmstadt (kw)	22
	Abschluß des Einzelplans 14	28
	Stellenpläne, Stellenübersichten	33

Vorwort zum Einzelplan

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Aufgaben:

Im Einzelplan 14 werden nachgewiesen:

1. Die Versorgung der Ruhestandsbeamten und der Hinterbliebenen von Staatsbeamten einschließlich des unter § 63 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetz fallenden Personen (G 131) und des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD) fallenden Personenkreises.
2. Die Versorgung der versorgungsberechtigten ehemaligen Bediensteten der Bezirksverbände und ihrer versorgungsberechtigten Hinterbliebenen, soweit sie nicht vom Landeswohlfahrtsverband übernommen worden ist.
3. Die Versorgung der Hinterbliebenen der ehemaligen Angehörigen des Technischen Überwachungsvereins.
4. Versorgungsbezüge der Beamten der Technischen Überwachung und ihrer Hinterbliebenen.
5. Die Unterstützung für ausgeschiedene Beamte, Angestellte und deren Hinterbliebene.
6. Die Rentenversorgung der früheren Schutzpolizeibeamten und ihrer Hinterbliebenen.
7. Die Übergangsgehälter, Unterhaltsbeiträge und Übergangsbezüge gemäß G 131.
8. Zuschüsse und Zulagen an andere Dienstherren gemäß § 71 e Abs. 3 und 7, Art. II § 3 Satz 2 G 131.
9. Die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für nichtbeamtete Bedienstete mit Ausnahme der Versorgung durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).
10. Die Erstattung von Rentenleistungen nach § 72 Abs. 1 G 131 und § 99 Allgemeines Kriegsfolgengesetz (AKG).
11. Die Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz.
12. Die Einnahmen und Ausgaben der Hessischen Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (ohne Beiträge und Leistungen).

Aufbau

Die Durchführung der Versorgung obliegt:

1. den Pensionsregelungsbehörden bei den Regierungspräsidien Darmstadt und Kassel für die Staatsbeamten und ihre Hinterbliebenen mit Ausnahme der Justizbeamten;
2. der Pensionsregelungsbehörde beim Oberlandesgericht in Frankfurt am Main für den Bereich der Justizverwaltung;
3. dem Regierungspräsidium in Darmstadt für die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für nichtbeamtete Bedienstete des früheren Volksstaates Hessen, die aufgrund der Verordnung vom 24. Dezember 1929 (Hess. Reg. Bl. 1930 S. 11) gewährt wird.

Die Erstattungen des Landesbetriebs Staatliche Technische Überwachung Hessen für Versorgungsbezüge werden bei Kap. 14 03 - 281 01 vereinnahmt.

Die Erstattung von Versorgungszuschlägen für die beamteten Kräfte der Universitätsklinik wird bei Kap. 14 03 - 281 04 nachgewiesen.

Die Erstattungen von anteiligen Versorgungsbezügen aufgrund der §§ 42, 71 e und 78 a G 131 und des § 23 BWGöD sowie der §§ 107 b und 107 c BeamtVG werden

bei Kap. 14 03 - ETG 71 und
bei Kap. 14 04 - ETG 71

nachgewiesen.

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in DM)

Einzelplan 14		1999	1998	1997
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	-	-	-
1	Eigene Einnahmen	1.315.000	1.315.000	1.815.000
2	Übertragungseinnahmen	96.942.000	95.876.800	101.430.000
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	530.000	530.000	684.500
Gesamteinnahmen		98.787.000	97.721.800	103.929.500
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	2.421.855.000	2.343.705.000	2.242.941.600
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	34.700	34.700	32.600
	Ausgaben für den Schuldendienst	-	-	-
6	Übertragungsausgaben	20.750.000	20.450.000	14.090.000
7	Bausausgaben	-	-	-
8	Sonstige Investitionsausgaben	-	-	-
9	Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-
Gesamtausgaben		2.442.639.700	2.364.189.700	2.257.064.200
Zuschuß / Überschuß		-2.343.852.700	-2.266.467.900	-2.153.134.700

C. Personalsoll

	S t e l l e n					
	1999	davon Leerstellen	1998	davon Leerstellen	1997	davon Leerstellen
Beamte und Richter	--	--	--	--	2,0	--
beamtete Hilfskräfte	--	--	--	--	--	--
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	--	--	--	--	--	--
Angestellte	2,0	--	2,0	--	40,0	1,0
davon Auszubildende	--	--	--	--	6,0	--
Arbeiter	--	--	--	--	--	--
davon Auszubildende	--	--	--	--	--	--
Zusammen	2,0	--	2,0	--	42,0	1,0

D. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Am 3.7.1997 hat der Verwaltungsrat der Betriebskrankenkasse des Landes Hessen der Übernahme des Landespersonals im Sinne der §§ 147 Abs. 2 Sätze 6 und 7, 156 Sozialgesetzbuch V mit Wirkung vom 1.1.1998 zugestimmt. Die Personalkostenübernahme durch das Land und somit auch das Kapitel 14 07 entfallen zum gleichen Zeitpunkt.

E. Zahl der Versorgungsberechtigten

Kapitel Titel	Art der Versorgungsbezüge	Stand: 01.02.1997	Stand: 01.02.1996	Stand: 01.02.1995
14 03-431 01, 432 01-19	Ruhegelder	27 574	26 824	26 424
14 03-431 02, 432 21-39	Witwen- und Waisengelder	14 560	14 583	14 490
14 04-439 02	Härtefälle	2	1	1
14 04-439 05	Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz	13	14	16
14 04-439 06	Versorgungsbezüge im Zusammenhang mit der Auflösung der Aufbaugesellschaft Allendorf mbH	--	--	1
14 04-439 07	Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung	250	285	319
14 04-442 14	Laufende Unterstützungen	2	4	5
14 04 - ATG 71	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge	301	325	325
Summe		42 702	42 036	41 581

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

14 03 Zivilversorgung

EINNAHMEN

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

119 46	931	Ersatzleistungen	1 300 000	1 300 000	1 800 000 931 428
--------	-----	----------------------------	-----------	-----------	----------------------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist in Anlehnung an das Aufkommen der Vorjahre geschätzt.

119 51	935	Vermischte Einnahmen	15 000	15 000	15 000 492
--------	-----	--------------------------------	--------	--------	---------------

Erläuterungen:

Hier sind zu buchen:

1. Erstattung von Arbeitnehmerbeiträgen gemäß § 73 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (G 131) in der Fassung vom 13. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1685), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485),
2. Rückzahlung von Kapitalabfindungen gemäß § 45 (1) aaO,
3. Zahlung von Kapitalbeträgen an den Dienstherrn nach § 58 BeamtVG vom 16. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3858) zur vollen oder teilweisen Abwendung der Kürzung der Versorgungsbezüge nach § 57 BeamtVG,
4. andere vermischte Einnahmen.

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
außer für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

281 01	931	Erstattungen des Landesbetriebs Staatliche Technische Überwachung Hessen für Versorgungsbezüge	6 300 000	6 088 000	5 893 000 5 799 753
--------	-----	--	-----------	-----------	------------------------

Erläuterungen:

Die Technische Überwachung wird seit 1. Januar 1977 als Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO geführt. Die für die ehemaligen Beamten der Technischen Überwachung zu zahlenden Versorgungsbezüge sind zu erstatten.

281 02	941	Erstattung von Abfindungen nach § 88 des Beamtenversorgungsgesetzes	--	--	-- 11 167
--------	-----	---	----	----	--------------

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

Erläuterungen:

Nach § 88 BeamtVG können Beamtinnen, die auf eigenen Antrag entlassen worden sind (§ 166 HBG), nach erneuter Berufung in ein Beamtenverhältnis eine frühere Abfindung, die anstelle einer Versorgungsleistung oder einer Nachversicherung gewährt worden ist, an ihren neuen Dienstherrn zurückzahlen.

281 03	931	Erstattungen von Versorgungszuschlägen für eine Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes	1 700 000	1 500 000	1 300 000 1 500 697
--------	-----	---	-----------	-----------	------------------------

Erläuterungen:

Erstattung von Versorgungszuschlägen für Beamte, die ohne Dienstbezüge zur Dienstleistung bei anderen privaten Arbeitgebern beurlaubt worden sind und denen eine Gewährleistung auf lebenslängliche Versorgung auch für die Dauer der Beurlaubung zugesichert worden ist.

281 04	931	Erstattung von Versorgungszuschlägen für die beamteten Kräfte der Universitätsklinik	8 192 000	8 518 800	9 157 000 9 614 800
--------	-----	--	-----------	-----------	------------------------

Erläuterungen:

Für die beamteten Kräfte der Universitätsklinik sind Versorgungszuschläge an den Landeshaushalt abzuführen (vgl. Erläuterungen in den Anlagen zu Kap. 15 06, 15 08 und 15 11).

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus
Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen;
besondere Finanzierungseinnahmen
(Vermögenswirksame und besondere
Finanzierungseinnahmen)**

381 01	991	Zuführung aus anderen Kapiteln des Landeshaushalts	530 000	530 000	500 000 465 305
--------	-----	--	---------	---------	--------------------

Erläuterungen:

		1999	1998
1. Zuführung aus Kap. 21 18 - 981	71	470 000 DM	470 000 DM
2. Zuführung aus Kap. 21 17 - 981	71	60 000 DM	60 000 DM

Zusammen 530 000 DM 530 000 DM

zu 1.:

Erstattung der Versorgungsbezüge für Beamte des Hessischen Landesprüfungsamtes für Krankenversicherung bzw. deren Hinterbliebene.

zu 2.:

Versorgungszuschläge für die Beamten der Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug der Gefahrstoffverordnung in Kassel.

Kapitel 14 03
Zivilversorgung

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

Titelgruppen

Titelgruppe 71
Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge

Zu ETG 71

Hier sind Erstattungen nach §§ 42, 71e und 78a G 131 und § 23 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD) in der Fassung vom 15. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2073), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. November 1973 (BGBl. I S. 1569) und nach § 63 in Verbindung mit § 62 Abs. 4 G 131 zu buchen. Weiterhin sind hier auch die Erstattungen von Versorgungslastenbeteiligungen anderer Dienstherren gemäß § 107b BeamtVG zu vereinnahmen.

Die Ansätze sind in Anpassung an die Istergebnisse der Vorjahre geschätzt.

241 71	935	vom Bund	78 000 000	77 000 000	82 000 000 76 823 394
242 71	935	von Ländern	1 500 000	1 500 000	1 600 000 1 497 155
243 71	935	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	200 000	200 000	250 000 192 656
246 71	935	von Sozialversicherungsträgern	200 000	170 000	170 000 170 476
247 71	935	von Zweckverbänden	200 000	200 000	200 000 219 386
281 71	935	von anderen (Inland)	400 000	400 000	400 000 459 171
		Summe Titelgruppe 71	80 500 000	79 470 000	84 620 000 79 362 239
		Gesamteinnahmen	98 537 000	97 421 800	103 285 000 97 685 881

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

A U S G A B E N

Persönliche Verwaltungsausgaben

Die Ansätze bei den Titeln 431 01 bis 432 39 sind gegenseitig deckungsfähig

431 01	931	Versorgungsbezüge der Ministerpräsidenten und der Minister	3 700 000	3 700 000	4 420 000 3 618 396
--------	-----	--	-----------	-----------	------------------------

Erläuterungen:431 und 432

Versorgungsbezüge nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung der zu erwartenden Veränderungen der Zahl der Versorgungsempfänger.

431 02	931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Ministerpräsidenten und der Minister	850 000	850 000	653 000 776 523
432 01	931	Versorgungsbezüge der Polizeibeamten	219 300 000	217 850 000	211 049 000 212 262 091
432 02	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen	828 700 000	795 800 000	744 852 000 729 305 539
432 05	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der Sonderschulen	48 000 000	45 600 000	42 294 000 41 892 944
432 07	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der kommunalen Berufsschulen, der Berufsfach-, Fach- und ehemaligen höheren Fachschulen	142 000 000	134 800 000	125 147 000 123 622 490
432 08	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der ehemaligen kommunalen Werkkunstschulen	135 000	135 000	137 000 135 838
432 11	931	Allgemeine Versorgung	334 900 000	324 400 000	302 126 000 303 711 117
432 14	931	Versorgungsbezüge der Beamten der Technischen Überwachung	4 350 000	4 350 000	4 144 000 4 213 331
432 15	931	Versorgungsbezüge der Justizbeamten	152 700 000	148 600 000	141 110 000 139 410 528
432 16	931	Versorgungsbezüge der Finanzbeamten	90 300 000	91 600 000	90 368 000 92 689 107

Kapitel 14 03
Zivilversorgung

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 1999 DM	Ansatz 1998 DM	SOLL 1997 IST 1996 DM
432 17 931	Versorgungsbezüge der Beamten des Hessischen Landesprüfungsamts für Krankenversicherung . . .	351 000	351 000	189 000 295 512
432 19 931	Versorgungsbezüge der Forstbeamten	39 700 000	40 200 000	39 505 000 40 447 293
432 21 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Polizeibeamten	71 200 000	69 200 000	66 114 000 66 484 553
432 22 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen	195 000 000	183 700 000	182 761 000 181 239 373
432 25 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der Sonderschulen	8 300 000	7 900 000	7 622 000 7 056 747
432 27 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der kommunalen Berufsschulen, der Berufsfach-, Fach- und ehemaligen höheren Fachschulen	24 800 000	25 100 000	26 175 000 25 497 691
432 28 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der ehemaligen kommunalen Werkkunstschulen	160 000	160 000	195 000 194 860
432 31 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der allgemeinen Versorgung	129 000 000	118 200 000	117 605 000 116 896 070
432 34 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamten der Technischen Überwachung	1 950 000	1 950 000	1 934 000 1 995 889
432 35 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Justizbeamten	58 000 000	58 800 000	59 495 000 59 719 016
432 36 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Finanzbeamten	45 700 000	46 700 000	47 716 000 48 508 881
432 37 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamten des Hessischen Landesprüfungsamts für Krankenversicherung	165 000	165 000	228 000 169 793
432 38 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der ehemaligen Angehörigen des Technischen Überwachungsvereins	140 000	140 000	302 000 67 390

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM
432 39 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Forstbeamten	19 200 000	20 100 000	20 851 000 21 084 273

**Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst**

Sächliche Verwaltungsausgaben

526 01 931	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten . .	10 000	10 000	9 000 770
------------	--	--------	--------	--------------

Erläuterungen:

	1999	1998
1. (Amts)ärztliche Untersuchungen, Führungszeugnisse.	10 000 DM	10 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetz- ungskosten	-- DM	-- DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- und andere Parteikosten des Fiskus	-- DM	-- DM
4. Kosten des Rechtsschutzes in Strafsachen	-- DM	-- DM
Zusammen	10 000 DM	10 000 DM

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
außer für Investitionen
(Übertragungsausgaben)**

646 01 931	Erstattung von Rentenleistungen	8 500 000	8 500 000	5 500 000 5 015 750
------------	---	-----------	-----------	------------------------

Erläuterungen:

Für die Erstattung der Aufwendungen des Trägers der Rentenversicherung aufgrund von Rentenanwartschaften, die durch Entscheidung des Familiengerichts begründet worden sind (§ 225 Abs. 1 SGB VI). Die Erstattungen wurden bis einschließlich 1994 zulasten der Versorgungstitel geleistet. Der Ansatz ist unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse geschätzt.

Gesamtausgaben	2 427 111 000	2 348 861 000	2 242 501 000 2 226 311 767
---------------------------------	---------------	---------------	--------------------------------

Kapitel 14 03
Zivilversorgung

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG <i>ERLÄUTERUNGEN</i>	Ansatz 1999 DM	Ansatz 1998 DM	SOLL 1997 <hr/> IST 1996 DM
Abschluß Kapitel 14 03				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	-- --
1	Eigene Einnahmen	1 315 000	1 315 000	1 815 000 931 921
2	Übertragungseinnahmen	96 692 000	95 576 800	100 970 000 96 288 656
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	530 000	530 000	500 000 465 305
Gesamteinnahmen		98 537 000	97 421 800	103 285 000 97 685 881
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	2 418 601 000	2 340 351 000	2 236 992 000 2 221 295 246
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 000	10 000	9 000 770
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	-- --
6	Übertragungsausgaben	8 500 000	8 500 000	5 500 000 5 015 750
7	Bauausgaben	--	--	-- --
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	-- --
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	-- --
Gesamtausgaben		2 427 111 000	2 348 861 000	2 242 501 000 2 226 311 767
Zuschuß/überschuß		-2 328 574 000	-2 251 439 200	-2 139 216 000 -2 128 625 885

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

14 04

**Andere
Versorgungsbezüge**

EINNAHMEN

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

119 51	931	Vermischte Einnahmen	--	--	--
					200

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
außer für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

241 01	931	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch den Bund	250 000	300 000	400 000
					243 590

Erläuterungen:

*Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge für
Straßenunterhaltungspersonal.*

243 01	931	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch Gemeinden und Gemeindeverbände	--	--	--
					1 320

247 01	931	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch Zweckverbände	--	--	--
					--

Gesamteinnahmen			250 000	300 000	400 000
					245 110

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

A U S G A B E N

Persönliche Verwaltungsausgaben

Die Ansätze bei den Titeln 439 02 bis 442 14 sind gegenseitig deckungsfähig.

439 02	931	Andere Versorgungsausgaben, insbesondere solche zur Beseitigung von Härten, die nicht auf Grund der Versorgungsgesetze ausgeglichen werden können	30 000	30 000	30 000 12 128
--------	-----	---	--------	--------	------------------

Erläuterungen:

Versorgungsbezüge, die auf Grund von Billigkeitsmaßnahmen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen in Einzelfällen nach freiem Ermessen zugestanden werden (Ermittlung einer fiktiven Versorgung).

439 05	935	Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz	600 000	700 000	900 000 560 272
--------	-----	--	---------	---------	--------------------

439 07	931	Ausgaben für die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der nichtbeamteten Bediensteten	2 400 000	2 400 000	2 400 000 2 338 625
--------	-----	--	-----------	-----------	------------------------

Erläuterungen:

	1999	1998
1. Erstattung von Mehraufwendungen der VBL gem. Nr. 4 des Einführungserlasses zur GDO-ReichVers. vom 10. Dezember 1943 (RBBl. S. 215) für früher in der gesetzlichen Rentenversicherung überversicherte Angestellte, die bei Eintritt des Versorgungsfalles die Wartezeit bei der ZRL (jetzt VBL) noch nicht erfüllt hatten	-- DM	-- DM
2. Mehraufwand für Zusatzrenten an wiedergutmachungsberechtigte Landesbedienstete nach § 21 Abs. 4 BWGöD	-- DM	-- DM
3. Erstattung von Ersatzzusatzrenten an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte nach dem Abkommen über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Angestellten oder angestelltenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer bei der Preußischen Staatsverwaltung (PrBBl. 1932 S. 81) bzw. bei der Reichsverwaltung (RVBl. 1932 S. 45)	-- DM	-- DM

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM
4.	Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter des ehemaligen Volksstaates Hessen nach der VO vom 24. Dezember 1929, soweit sie nicht bei der VBL versichert sind (das sind alle vor dem 1. April 1938 in den hessischen Staatsdienst eingetretenen Angestellten und Arbeiter)	900 000 DM		900 000 DM
5.	Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung nach der Rentenzuschußordnung für Angestellte der ehemaligen Bezirkskommunalverbände (hierunter fallen alle in der Zeit vom 1. Oktober 1929 bis 31. März 1938 eingestellten Angestellten)	100 000 DM		100 000 DM
6.	Ruhelöhne und Hinterbliebenenversorgung nach der Rentenzuschußordnung für Arbeiter der ehemaligen Bezirkskommunalverbände (hierunter fallen alle in der Zeit vom 1. Januar 1921 bis 31. März 1938 eingestellten Arbeiter)	550 000 DM		550 000 DM
7.	Ruhelöhne und Hinterbliebenenversorgung für Straßenwärter an Landstraßen II. Ordnung nach der Rentenzuschußordnung für Arbeiter (hierunter fallen nur die nach dem 1. April 1954 ausgeschiedenen Straßenwärter - vgl. § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Straßenbaulast für die Landstraßen II. Ordnung vom 6. Juli 1954 - GVBl. S. 127)	-- DM		-- DM
8.	Zusatzrenten (Ruhegelder, Ruhelöhne, Hinterbliebenenversorgung) für Angestellte und Arbeiter (einschließlich der Hinterbliebenen), die von kommunalen Dienststellen und Einrichtungen unter Aufrechterhaltung entsprechender Besitzstände in ein Arbeitsverhältnis zum Land Hessen übernommen worden sind .	350 000 DM		350 000 DM
9.	Erstattung von Übergangsversorgung nach den Sonderregelungen 2 n zum Bundesangestellten-Tarifvertrag an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder auf Grund der Vereinbarung vom 25. März 1975	500 000 DM		500 000 DM
Zusammen		2 400 000 DM		2 400 000 DM

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 1999 DM	Ansatz 1998 DM	SOLL 1997 IST 1996 DM
442 14 941	Unterstützung für Beamte im Ruhestand und frühere Beamte, für ehemalige Angestellte und Arbeiter und deren Hinterbliebene	75 000	75 000	75 000 38 821
Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst				
Sächliche Verwaltungsausgaben				
526 01 935	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten . .	10 000	10 000	7 500 296
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
Die Ansätze bei den Titeln 641 02 bis 646 01 sind gegenseitig deckungsfähig.				
641 02 931	Erstattung von Rentenversorgung der früheren Schutzpolizeibeamten und ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Preuß. Schutzpolizeibeamtengesetzes vom 16. August 1922 (GS S. 251)	90 000	90 000	90 000 41 074
Erläuterungen:				
<i>Die Versorgungsberechtigten erhalten anstelle der bisherigen Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 1. September 1953 an die im Bundesversorgungsgesetz - Neufassung vom 22. Juni 1976 (BGBl. I S. 1633) - vorgesehene Versorgung. Die Durchführung obliegt den Versorgungsämtern. Die von ihnen gezahlten Versorgungsbezüge werden vom Land halbjährlicherstattet. Der Ansatz ist in Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre geschätzt.</i>				
646 01 935	Erstattung von Rentenleistungen	2 100 000	2 000 000	1 900 000 1 740 184
Erläuterungen:				
<i>In den Fällen des § 72 Abs. 1 G 131 und des § 99 AKG wird anstelle der sonst üblichen Nachversicherung (durch Entrichtung von Beiträgen) eine fiktive Nachversicherung (durch Erteilung einer Bescheinigung über die Höhe des gewährten Arbeitsentgelts) durchgeführt. Da es sich um eine Ersatzversorgung handelt, werden die Erstattungen, soweit die Leistungen der Versicherungsträger der fiktiven Nachversicherung vom Land zu tragen sind, hier veranschlagt. Der Ansatz ist in Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre geschätzt.</i>				

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

Titelgruppen

Titelgruppe 71
Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge

Zu ATG 71

Hier sind Erstattungen nach §§ 42, 71e und 78a G 131, nach § 23 BWGÖD und nach § 63 in Verbindung mit § 62 Abs. 4 G 131 zu buchen. Weiterhin sind zulasten der ATG auch Versorgungslastenbeteiligungen an andere Dienstherren für aus Hessen übernommene Beamte oder Richter gemäß §§ 107b und 107c BeamtVG zu leisten.

Die Ansätze sind in Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre geschätzt.

641 71	935	an den Bund	4 900 000	4 900 000	2 900 000 188 117
642 71	935	an Länder	3 000 000	3 000 000	1 900 000 2 135 551
643 71	935	an Gemeinden und Gemeindeverbände	900 000	900 000	900 000 840 985
646 71	935	an Sozialversicherungsträger	50 000	50 000	50 000 7 035
647 71	935	an Zweckverbände	10 000	10 000	10 000 5 149
671 71	935	an andere im Inland	200 000	200 000	240 000 180 515
		Summe Titelgruppe 71	9 060 000	9 060 000	6 000 000 3 357 352

Weggefallene Titel

439 06	931	Versorgungsbezüge im Zusammenhang mit der Auflösung der Aufbaugesellschaft Allendorf mbH . .	--	--	-- 50 880
--------	-----	--	----	----	--------------

Erläuterungen:

Der Titel wird nicht mehr benötigt.

Gesamtausgaben	14 365 000	14 365 000	11 402 500 8 139 632
---------------------------------	------------	------------	-------------------------

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG <i>ERLÄUTERUNGEN</i>	Ansatz 1999 DM	Ansatz 1998 DM	SOLL 1997 <hr/> IST 1996 DM
Abschluß Kapitel 14 04				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	--	--	--
2	Übertragungseinnahmen	250 000	300 000	400 000 244 910
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	-- --
Gesamteinnahmen		250 000	300 000	400 000 245 110
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	3 105 000	3 205 000	3 405 000 3 000 726
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 000	10 000	7 500 296
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	-- --
6	Übertragungsausgaben	11 250 000	11 150 000	7 990 000 5 138 610
7	Bauausgaben	--	--	-- --
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	-- --
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	-- --
Gesamtausgaben		14 365 000	14 365 000	11 402 500 8 139 632
Zuschuß/überschuß		-14 115 000	-14 065 000	-11 002 500 -7 894 522

Kapitel 14 07
Betriebskrankenkasse des Landes Hessen (kw)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

14 07 **Betriebskrankenkasse
des Landes Hessen
(weggefallenes Kapitel)**

Zu Kapitel 14 07

Am 3.7.1997 hat der Verwaltungsrat der Betriebskrankenkasse des Landes Hessen der Übernahme des Landespersonals im Sinne der §§ 147 Abs. 2 Sätze 6 und 7, 156 SozialgesetzbuchV mit Wirkung vom 1.1.1998 zugestimmt. Die Personalkostenübernahme durch das Land entfällt zum gleichen Zeitpunkt.

E I N N A H M E N

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

119 46	211	Ersatzleistungen	--	--	--
					--
119 51	211	Vermischte Einnahmen	--	--	--
					--

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
außer für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

236 01	211	Personalkostenerstattungen von der Pflegekasse	--	--	60 000
					53 431
256 08	211	Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit	--	--	--
					--

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus
Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen;
besondere Finanzierungseinnahmen
(Vermögenswirksame und besondere
Finanzierungseinnahmen)**

381 01	991	Zuführung von 03 62 - 981 71	--	--	184 500
					169 137
Gesamteinnahmen			--	--	244 500
					222 568

Kapitel 14 07
Betriebskrankenkasse des Landes Hessen (kw)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

A U S G A B E N

Persönliche Verwaltungsausgaben

422 01	211	Dienstbezüge der Beamten - Laufende Zahlungen -	--	--	170 000 169 702
422 02	211	Sonstige Leistungen an Beamte - Einzelzahlungen -	--	--	-- --
422 41	211	Dienstbezüge der Beamten - Leerstellen -	--	--	-- --
425 01	211	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	--	--	2 175 000 2 095 862
425 02	211	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	--	--	800 600
425 03	211	Vergütungen der ständigen, nichtvollbeschäftig- ten Kräfte	--	--	42 000 42 467
425 41	211	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	-- --
427 01	211	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aus- hilfskräfte	--	--	1 800 --
427 06	211	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aus- hilfskräften in den Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten	--	--	-- --
427 08	211	Für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rah- men von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung gem. §§ 91 ff. des Arbeitsförderungsgesetzes	--	--	-- --
441 14	941	Beihilfen	--	--	5 000 1 739
442 14	941	Unterstützungen	--	--	-- --

Kapitel 14 07
Betriebskrankenkasse des Landes Hessen (kw)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG <i>ERLÄUTERUNGEN</i>	Ansatz 1999 DM	Ansatz 1998 DM	SOLL 1997 <hr/> IST 1996 DM
Funkt.- Kennziffer				
443 01 941	Fürsorgeleistungen	--	--	-- --
453 01 211	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	--	--	4 000 649
	Gesamtausgaben	--	--	<hr/> 2 398 600 2 311 020 <hr/>
 Abschluß Kapitel 14 07				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	-- --
1	Eigene Einnahmen	--	--	-- --
2	Übertragungseinnahmen	--	--	60 000 53 431
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	184 500 169 137
	Gesamteinnahmen	--	--	<hr/> 244 500 222 568 <hr/>
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	--	--	2 398 600 2 311 020
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	--	--	-- --
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	-- --
6	Übertragungsausgaben	--	--	-- --
7	Bauausgaben	--	--	-- --
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	-- --
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	-- --
	Gesamtausgaben	--	--	<hr/> 2 398 600 2 311 020 <hr/>
	Zuschuß/überschuß	--	--	-2 154 100 -2 088 451

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (kw)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

14 08

H e s s i s c h e
B e a m t e n k r a n k e n k a s s e
i n D a r m s t a d t
(k w)

Zu Kapitel 14 08

Die von dem ehemaligen Volksstaat Hessen im Jahr 1922 als staatliche Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit geschaffene Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt wird unter der Aufsicht des Regierungspräsidiums in Darmstadt nach den Bestimmungen der Satzung vom 15. Mai 1983 (StAnz. S. 1110) fortgeführt. Nach § 9 der Satzung trägt das Land die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten der Hessischen Beamtenkrankenkasse und leistet Zuschüsse, wenn die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen trotz zumutbarer Erhöhung der Beitragssätze nicht ausreichen, um den Versicherungsschutz der Versicherten nach den Vorschriften der Satzung aufrechtzuerhalten. Der Zuschuß des Landes ist bei Titel 682 01 veranschlagt.

Die Hessische Beamtenkrankenkasse ist im Dienstgebäude Darmstadt, Rheinstraße 40 - 42 untergebracht. Die Ausgaben für die Hausbewirtschaftung sind bei Kap. 03 12 veranschlagt.

E I N N A H M E N

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

119 01	211	Vermischte Einnahmen	--	--	--
Gesamteinnahmen			--	--	--

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (kw)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

A U S G A B E N

Persönliche Verwaltungsausgaben

425 01	211	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	149 000	149 000	146 000 146 319
--------	-----	--	---------	---------	--------------------

Erläuterungen:

	1999	1998
1. Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwen- dungen des Arbeitgebers zur Zu- satzversicherung	149 000 DM	149 000 DM
2. Aufwandsentschädigungen.	-- DM	-- DM
3. Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge	-- DM	-- DM
4. Besondere Zulagen	-- DM	-- DM
Zusammen	149 000 DM	149 000 DM

425 02	211	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	--	--	-- --
425 41	211	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	-- --

Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	211	Geschäftsbedarf	2 000	2 000	2 500 1 937
512 01	211	Bücher, Zeitschriften	1 000	1 000	1 000 928
513 01	211	Post- und Fernmeldegebühren	6 500	6 500	8 000 5 400

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (kw)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

Erläuterungen:

	1999	1998
1. Porto	6 500 DM	6 500 DM
2. Fernmeldeausgaben	-- DM	-- DM
Zusammen	6 500 DM	6 500 DM

Die Hessische Beamtenkrankenkasse ist an die landeseigene Fernsprechanlage des Regierungspräsidiums in Darmstadt angeschlossen. Die Fernmeldegebühren sind bei Kap. 03 12 - 513 01 mitveranschlagt.

515 01 211	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1 000	1 000	1 000 1 369
------------	---	-------	-------	----------------

Erläuterungen:

	1999	1998
1. Dienstzimmerausstattungen	700 DM	700 DM
2. Sonstige Ausstattungen	300 DM	300 DM
Zusammen	1 000 DM	1 000 DM

Für die Geräteunterhaltung (Instandsetzung und Wartung) sind enthalten 500 DM.

526 01 211	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	100	100	100 --
527 01 211	Reisekosten	100	100	100 --

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
außer für Investitionen
(Übertragungsausgaben)**

682 01 224	Zur Deckung von Fehlbeträgen	1 000 000	800 000	600 000 100 000
------------	--	-----------	---------	--------------------

Erläuterungen:

Nach § 9 der Satzung der Hessischen Beamtenkrankenkasse (HBK) leistet das Land Hessen Zuschüsse, wenn die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen trotz zumutbarer Erhöhung der Beitragssätze nicht ausreichen, um den Versicherungsschutz der Versicherten nach den Vorschriften der Satzung aufrechtzuerhalten.

Für das laufende Geschäftsjahr wird mit folgenden Einnahmen und Ausgaben gerechnet:

	1999	1998
Voraussichtliche Einnahmen	2 200 000 DM	2 100 000 DM
Voraussichtliche Ausgaben	3 200 000 DM	2 900 000 DM
Voraussichtlicher Fehlbetrag	1 000 000 DM	800 000 DM

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (kw)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 1997
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	1999 DM	1998 DM	IST 1996 DM

Titelgruppen

Titelgruppe 69
Maschinelle Aufbereitung

Zu ATG 69

Die Buchungsvorgänge für den Kassen-, Beitrags- und Leistungsbereich werden mit Hilfe eines DV-Systems abgewickelt.

515 69	211	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2 000	2 000	1 400 690
522 69	211	Verbrauchsmittel der maschinellen Aufbereitung . .	1 000	1 000	1 000 339
525 69	211	Aus- und Fortbildung, Umschulung	1 000	1 000	1 000 --

Erläuterungen:

	<u>1999</u>	<u>1998</u>
1. Schulungskosten an die HZD	1 000 DM	1 000 DM
2. Schulungskosten an Dritte	-- DM	-- DM
Zusammen	<u>1 000 DM</u>	<u>1 000 DM</u>

547 69	211	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben .	--	--	-- --
812 69	211	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	--	-- --
Summe Titelgruppe 69			4 000	4 000	3 400 1 029
Gesamtausgaben			1 163 700	963 700	762 100 256 983

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (kw)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 1999 DM	Ansatz 1998 DM	SOLL 1997 IST 1996 DM
Funkt.- Kennziffer				
 Abschluß Kapitel 14 08				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	--	--	--
2	Übertragungseinnahmen	--	--	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
Gesamteinnahmen		--	--	--
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	149 000	149 000	146 000 146 319
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	14 700	14 700	16 100 10 664
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	-- --
6	Übertragungsausgaben	1 000 000	800 000	600 000 100 000
7	Bauausgaben	--	--	-- --
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	-- --
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	-- --
Gesamtausgaben		1 163 700	963 700	762 100 256 983
Zuschuß/überschuß		-1 163 700	-963 700	-762 100 -256 983

Abschluß für den Einzelplan 14

Haushaltsjahr 1998

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungs- einnahmen	Vermögenswirk- same und beson- dere Finanzier- ungseinnahmen	Gesamt- einnahmen
		DM	DM	DM	DM	DM
14 03	Zivilversorgung	-	1.315.000	95.576.800	530.000	97.421.800
14 04	Andere Versorgungsbezüge	-	-	300.000	-	300.000
14 07	Betriebskrankenkasse des Landes Hessen (kw)	-	-	-	-	-
14 08	Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (kw)	-	-	-	-	-
	Insgesamt:	-	1.315.000	95.876.800	530.000	97.721.800

Persönliche Verwaltungs- ausgaben	Sächliche Verwal- tungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bauausgaben	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuß (+) Zuschuß (-)
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
2.340.351.000	10.000	8.500.000	-	-	-	2.348.861.000	-2.251.439.200
3.205.000	10.000	11.150.000	-	-	-	14.365.000	-14.065.000
-	-	-	-	-	-	-	-
149.000	14.700	800.000	-	-	-	963.700	-963.700
2.343.705.000	34.700	20.450.000	-	-	-	2.364.189.700	-2.266.467.900

Abschluß für den Einzelplan 14

Haushaltsjahr 1999

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungs- einnahmen	Vermögenswirk- same und beson- dere Finanzier- ungseinnahmen	Gesamt- einnahmen
		DM	DM	DM	DM	DM
14 03	Zivilversorgung	-	1.315.000	96.692.000	530.000	98.537.000
14 04	Andere Versorgungsbezüge	-	-	250.000	-	250.000
14 07	Betriebskrankenkasse des Landes Hessen (kw)	-	-	-	-	-
14 08	Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (kw)	-	-	-	-	-
	Insgesamt:	-	1.315.000	96.942.000	530.000	98.787.000

Persönliche Verwaltungs- ausgaben	Sächliche Verwal- tungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bauausgaben	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuß (+) Zuschuß (-)
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
2.418.601.000	10.000	8.500.000	-	-	-	2.427.111.000	-2.328.574.000
3.105.000	10.000	11.250.000	-	-	-	14.365.000	-14.115.000
-	-	-	-	-	-	-	-
149.000	14.700	1.000.000	-	-	-	1.163.700	-1.163.700
2.421.855.000	34.700	20.750.000	-	-	-	2.442.639.700	-2.343.852.700

STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN

Kapitel 14 07
Betriebskrankenkasse des Landes Hessen (kw)

422 01 STELLENPLAN 1998

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 1998	Stellen (Vorjahr)	
Aufsteigende Gehälter				
A 15	(001)	--	(1)	Regierungsdirektor/in
A 13	(Z01)	--	(1)	Oberamtsrat/rätin
Zusammen		--	(2)	

422 01 ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 1998

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 1997	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt. Haus- halts- plan 1998			
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 1998	Hebungen 1998			Umset- zungen/ Umwandl. 1998	Sonstige Verände- rungen 1998	
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12					
A 15	(001)	1,0									1,0					0,0
A 13	(Z01)	1,0									1,0					0,0
Versch.		0,0														0,0
Zusammen		2,0									2,0					0,0

Mit Wirkung vom 1.1.1998 wird das Landespersonal von der Betriebskrankenkasse übernommen.

Kapitel 14 07
Betriebskrankenkasse des Landes Hessen (kw)

422 01

STELLENPLAN 1999

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 1999	Stellen (Vorjahr)	
Aufsteigende Gehälter				
A 15	(001)	--		Regierungsdirektor/in
A 13	(Z01)	--		Oberamtsrat/rätin
Zusammen		--	(--)	

425 01

STELLENÜBERSICHT 1998

Stellenübersicht

Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 1998	Stellen (Vorjahr)
IV a	(001)	--	(4)
V b	(001)	--	(4)
V c	(001)	--	(9)
VI b	(001)	--	(4)
VII	(001)	--	(8)
VIII	(001)	--	(2)
Azubi	(001)	--	(6)
Zusammen		--	(37)

Kapitel 14 07
Betriebskrankenkasse des Landes Hessen (kw)

425 01

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 1997	Veränderungen aufgrund von/durch														Stellen lt.Haus- halts- plan 1998	
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 1998		Hebungen 1998		Umset- zungen/ Umwandl. 1998		Sonstige Verände- rungen 1998		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
IV a	(001)	4,0							4,0								0,0	
V b	(001)	4,0							4,0								0,0	
V c	(001)	9,0							9,0								0,0	
VI b	(001)	4,0							4,0								0,0	
VII	(001)	8,0							8,0								0,0	
VIII	(001)	2,0							2,0								0,0	
Azubi	(001)	6,0							6,0								0,0	
Versch.		0,0															0,0	
Zusammen		37,0							37,0								0,0	

Mit Wirkung vom 1.1.1998 wird das Landespersonal von der Betriebskrankenkasse übernommen.

425 01

STELLENÜBERSICHT 1999

Stellenübersicht
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 1999	Stellen (Vorjahr)
IV a	(001)	--	
V b	(001)	--	
V c	(001)	--	
VI b	(001)	--	
VII	(001)	--	
VIII	(001)	--	
Azubi	(001)	--	
Zusammen		--	(--)

Kapitel 14 07
Betriebskrankenkasse des Landes Hessen (kw)

425 41

STELLENÜBERSICHT 1998

Stellenübersicht

Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 1998	Stellen (Vorjahr)	
V c	(972)	--	(1)	Leerstelle(n)kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
Zusammen		--	(1)	

425 41

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 41

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 1997	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 1998						
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 1998		Hebungen 1998		Umset- zungen/ Umwandl. 1998		Sonstige Verände- rungen 1998			
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
V c	(972)	1,0										1,0							0,0
Versch.		0,0																	0,0
Zusammen		1,0										1,0							0,0

Mit Wirkung vom 1.1.1998 wird das Landespersonal von der Betriebskrankenkasse übernommen.

425 41

STELLENÜBERSICHT 1999

Stellenübersicht

Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 1999	Stellen (Vorjahr)	
V c	(972)	--		Leerstelle(n)kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
Zusammen		--	(--)	

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (kw)

425 01

STELLENÜBERSICHT 1998

Stellenübersicht

Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 1998	Stellen (Vorjahr)
IV b	(001)	--	
V c	(001)	1	
VII	(001)	1	
Zusammen		2	(2)

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

425 01

STELLENÜBERSICHT 1999

Stellenübersicht

Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 1999	Stellen (Vorjahr)
IV b	(001)	--	
V c	(001)	1	
VII	(001)	1	
Zusammen		2	(2)

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.